



Niederschrift

22. Sitzung Hauptausschuss
21. September 2021, 16:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitz: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

2.

Punkt 1 der Tagesordnung: Vollversammlung des Ökumenischen Rates 2022 (ÖRK 2022) Vorlage: 2021/0958

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt die Informationen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 1 zur Behandlung auf.

Er begrüßt Herrn Dr. Marc Witzenbacher, den Leiter des Koordinierungsbüros der Vollversammlung des ÖRK 2022 in Karlsruhe und erteilt diesem das Wort.

Herr Dr. Witzenbacher bedankt sich bei der Stadt Karlsruhe, dass sie sich als Gastgeberin der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen zur Verfügung stelle. Zum ersten Mal in seiner Geschichte finde diese Vollversammlung in Deutschland statt.

Anhand einer Powerpoint-Präsentation erläutert den aktuellen Stand der Planungen.

Der Vorsitzende dankt Herrn Dr. Witzenbacher für die Ausführungen. Als Stadt sei es wichtig, dass es nicht nur eine Veranstaltung der Delegierten werde, sondern dass man in einen intensiven Austausch mit der Stadtgesellschaft eintrete. Man werde ein eigenes kulturelles Begleitprogramm aufstellen, welches neben den von den Kirchen organisierten Veranstaltungen stattfindet.

Stadtrat Löffler (GRÜNE) spricht die Kosten an, die auf die Stadt zukämen. In der Vorlage werde erwähnt, dass Kostenübernahmen vereinbart seien. Allerdings gehe die konkrete Höhe nicht aus der Vorlage hervor.

Stadtrat Hofmann (CDU) zeigt sich verwundert. Die Zahlen seien klar dargestellt. Die vereinbarten Leistungen stünden in den jeweiligen Wirtschaftsplänen der Gesellschaften. Man müsse versuchen, im Bereich der städtischen Kultureinrichtungen noch etwas auf die Beine zu stellen. Was jetzt schon angeboten werde, sehe jedoch gut aus. Da müsse man versuchen, in diesem Kostenrahmen zu bleiben.

Der Vorsitzende antwortet, in der Vorlage stünden die real anfallenden Kosten. Die Kostenübernahmen sollten nicht missverstanden werden, dass es von einer Seite gegenfinanziert sei. Die relativ begrenzten finanziellen Möglichkeiten über die dargestellten Kosten hinaus brächten es mit sich, dass man kein eigenes kulturelles Programm dazukaufen könne. Vielmehr sollen die Kulturinstitutionen im Rahmen ihrer normalen Programme in diesen Wochen etwas anbieten und so ausrichten, dass es auch für das internationale Publikum interessant sei.

Stadtrat Löffler (GRÜNE) entgegnet, seine Frage sei nicht in Richtung weiterer Kosten gegangen. Er wolle wissen, wie es mit den Kostenerstattungen und den Einnahmen aussehe.

Erste Bürgermeisterin Luczak-Schwarz erläutert, man habe eine mittelbare Gegenfinanzierung über die sogenannte Umwegrentabilität. Durch diese Veranstaltung generierten Gastronomie, Hotellerie und Einzelhandel Umsätze, zeitversetzt erhalte man mittelbar diese Steuerzuflüsse. Das Geld, das man aufgelistet habe, sei das Geld, welches die Stadt Karlsruhe in die Hand nehme über ihre verschiedenen Gesellschaften, um ihren Beitrag als Veranstalter zu bringen.

Der Vorsitzende ergänzt, die abgebildeten Personalkosten habe man schon in den letzten Jahren immer mitbeschlossen. Ursprünglich hatte man eine Pauschale von 1 Mio. Euro vorgesehen. Dies sei nun deutlich mehr, was auch mit dem Wegfall der Stadthalle und der benötigten Alternativtechnik zu tun habe.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI) hat es so verstanden, dass die meisten Dinge schon im Haushalt stünden und so beschlossen seien. Man müsse sehen, was die Stadt davon habe, welche Außenwirkung es gebe. Seine Fraktion werde dieser Vorlage so zustimmen.

Stadträtin Melchien (SPD) hält es für eine große Chance und auch Ehre, die erste Stadt in Deutschland zu sein, in der diese Vollversammlung stattfinde. Ein Vielfaches der Kosten fließe wieder zurück an die Stadt.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR) meint, die Kosten seien eine wichtige Frage, in diesem Fall jedoch nachgeordnet.

Der Vorsitzende merkt an, trotzdem sei wichtig gewesen, die Finanzen aufzulisten. Diese lägen deutlich über dem, was man ursprünglich vereinbart habe. Er sei dankbar, dass es grundsätzlich nie in Frage gestellt wurde.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt er die Kenntnisnahme der Vorlage fest.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –
23. September 2021